

Die kroatische Zivilgesellschaft: Gewerkschaften und Parteien

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltete im Rahmen der gemeinsamen Seminarreihe: „Bildung für Öffentliches Engagement“ mit dem Zentrum für politische und soziale Entwicklung (CEPSOR) am 30. September 2017 eine Veranstaltung zum Thema: „Die kroatische Zivilgesellschaft: Gewerkschaften und Parteien“. Ziel der Veranstaltung war es, die verschiedenen Arten von Organisation und Vereinen und Gewerkschaften zu unterscheiden und ihre Rolle in der Gesellschaft zu beschreiben. Ebenso sollte die Bedeutung der politischen Parteien in der modernen Demokratie und deren heutige Legitimitätskrise erörtert werden.

Der Professor an der Hochschule für internationale Beziehungen und Diplomatie Dag Hammarskjöld, **Prof. Dr. Boško Picula** betonte in seinem Einführungsvortrag, dass eine konsolidierte Demokratie ohne organisierte Parteien, die als Verbände der Bürger am Prozess der politischen Willensbildung teilnehmen, nicht denkbar sei. Darum seien politischen Parteien die wichtigsten kollektiven Akteure und das bedeutendste Instrument, um unterschiedliche Forderungen der Bürger und Erwartungen der politischen Parteien in der Gesellschaft zu artikulieren. Nachdem im Jahr 1990 auch in Kroatien ein demokratisches Mehrparteiensystem eingeführt worden ist, entwickelten sich im kroatische Parteiensystem in Bezug auf die anderen Länder in Europa, die den komplexen Prozess des demokratischen Übergangs schon vor fast drei Jahrzehnten begonnen hatten, einige Besonderheiten. Picula beschrieb dann einige Aspekte dieser Besonderheiten wie etwa die kroatischen Interessengruppen, die Krise der repräsentativen Demokratie, die Position der politi-

schen Elite und die Rolle der kroatischen Bürger im Prozess der demokratischen Teilhabe.

Der Präsident der Unabhängigen kroatischen Gewerkschaften, **Krešimir Sever**, betonte dann, dass für einen wirksamen sozialen Dialog, mehrere Bedingungen erfüllt sein sollten, wie etwa die Existenz gut organisierter, unabhängiger Arbeitnehmer- (Gewerkschaften) und Arbeitgeberverbände, mit den für die Teilnahme an diesem Dialog notwendigen Kenntnissen und technischen Fähigkeiten. So ein Dialog, sei in einer entwickelten demokratischen Gesellschaft möglich, in der die Stakeholder des sozialen Dialogs die Bedeutung, die Rolle und ihren Platz in dieser Gesellschaft kennen und verstehen. Der soziale Dialog sei ein Dialog zwischen den Sozialpartnern und der Regierung und kann durch den öffentlichen Dialog, den Mediendialog und öffentliche Konsultationen nicht ersetzt werden.

Die (Neo-) Liberalisierung der sozialen Beziehungen, der Wirtschaft und des Arbeitssystems (Modernisierung, Digitalisierung, Automatisierung, Robotik), die neuen Formen der Arbeit und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten bringe einige neue Formen der Kommunikation und Organisation von Arbeit und Leben der Menschen hervor. Dies erhöhe die Notwendigkeit eines effektiven sozialen Dialogs bzw. der Sozialpartnerschaft.

Der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb, **Dr. Michael Lange**, verwies im ersten Teil seines Beitrags auf die Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften in der deutschen Gesellschaft. Er ging auf die Struktur der Gewerkschaften ein und betonte die Wichtigkeit des sozialen Dialogs zwischen den Vertretern der deut-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

ANITA ŠAKIĆ

November 2015

www.kas.de

schen Gewerkschaften, den Arbeitgebern und der Bundesregierung bei Gesetzesvorschlägen und -änderungen. Dann nahm er Bezug auf den rechtlichen und politischen Rahmen eines deutschen Koalitionsvertrags und hob hervor, dass kein Koalitionspartner von den verabredeten Leitlinien dieses Vertrags in der laufenden Legislaturperiode abweichen dürfe.

Im Mittelpunkt seines Beitrags standen dann jedoch die Bundestagswahlen vom 24. September, deren Ergebnisse für große Überraschung in Deutschland gesorgt hatten. Nach den Bundestagswahlen sei die die CDU/CSU-Union der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit 33% der Stimmen zwar die stärkste Partei geblieben, doch im Gegensatz zu den Wahlen 2013 habe sie einen Verlust von 8,6% verkraften müssen. Die SPD erlitt ebenfalls Verluste und verzeichnete mit 20,5% der Stimmen das schlechteste Wahlergebnis der deutschen Sozialdemokratie seit 1949. Für die größte Überraschung sorgte dagegen die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) welche die verbreitete Unzufriedenheit bei den deutschen Bürgern nutzte und mit einem Stimmenanteil von 12,5% zur drittstärksten politischen Kraft im deutschen Parlament wurde. Die liberal-demokratische Partei (FDP) habe 10,7% gewonnen, während die Partei der „Grünen“ und die „Linke“ bei ca. 9% blieben. Dr. Lange zeigte sich ob des Erfolgs der AfD, der eine Bedrohung für die deutsche Demokratie darstellen könnte, besorgt. Er erwartete, dass sich diese Partei, wegen ihres Programms und ihrer z.T. rechts-extremen Ideologie nicht der „politischen Korrektheit“ unterordnen werde. Es werde aber abzuwarten bleiben, wie sie schließlich in der Opposition agieren und wie sich die mögliche regierende „Jamaika-Koalition“ (CDU/CSU-Union, FDP, die Grüne) darauf einstellen werde.

Dann stellte der Direktor von „Pragma“, **Nedjeljko Marković**, die Arbeit bzw. Rolle der Vereine in Kroatien vor. Heute seien in Kroatien 52.270 Vereine und 240 Stiftungen aktiv, die etwa 10.000 Personen beschäftigen. Er betonte, dass die Zivilgesellschaft vom Staat unabhängig sein sollte, und der Staat sie nicht als Bedrohung oder Hindernis betrachten solle.

Vielmehr seien sie als unvermeidliche Stakeholder bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung der öffentlichen Politik notwendig. Die Vereine hätten einen positiven Einfluss auf die Umsetzung der wichtigsten nationalen Strategien und böten zahlreichen Dienstleistungen von Interesse an.